

### **Bericht und Abänderungsantrag**

des Rechtsausschusses und des Sozialausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Mag. Christian Sagartz, BA, Mag. Michaela Resetar und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung (Beilage 307) betreffend Maßnahmen zur Verbesserung der beruflichen Situation von Frauen (Zahl 21 - 217) (Beilage 347).

Der Rechtsausschuss und der Sozialausschuss haben den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Mag. Christian Sagartz, BA, Mag. Michaela Resetar und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend Maßnahmen zur Verbesserung der beruflichen Situation von Frauen, in ihrer 05. Sitzung am Mittwoch, dem 30. März 2016, beraten.

Landtagsabgeordneter Mag. Sagartz, BA wurde zum Berichterstatter gewählt.

Nach seinem Bericht stellte Landtagsabgeordneter Mag. Sagartz, BA den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, dem gegenständlichen Antrag die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

Am Ende der Wortmeldung der Landtagsabgeordneten Edith Sack stellte diese einen Abänderungsantrag.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde der von der Landtagsabgeordneten Edith Sack gestellte Abänderungsantrag mit den Stimmen der SPÖ und FPÖ gegen die Stimmen der ÖVP mehrheitlich angenommen.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Mag. Christian Sagartz, BA, Mag. Michaela Resetar und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend Maßnahmen zur Verbesserung der beruflichen Situation von Frauen, unter Einbezug der von der Landtagsabgeordneten Edith Sack beantragten und in der Beilage ersichtlichen Abänderungen, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Eisenstadt, am 30. März 2016

Der Berichterstatter:  
Mag. Sagartz, BA eh.

Der Obmann des Rechtsausschusses  
als Vorsitzender der gemeinsamen Sitzung:  
Dr. Rezar eh.

*Herrn  
Präsidenten des Bgld. Landtages  
Christian Illedits  
Landhaus  
7000 Eisenstadt*

Eisenstadt am 30. März 2016

### **Abänderungsantrag**

**der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár,  
Kolleginnen und Kollegen zum selbständigen Antrag 21 - 217, welcher  
abgeändert wird wie folgt:**

Der Landtag wolle beschließen:

## **EntschlieÙung**

### **des Burgenländischen Landtages vom ... betreffend Beseitigung der Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen**

Die Einkommensschere hat sich im Burgenland bei den ganzjährig Vollzeit arbeitenden Frauen in den letzten Jahren ständig verkleinert. Auch die Frauen-Erwerbstätigkeitsquote ist im Burgenland kontinuierlich gestiegen: 2013 waren ca. 46.000 Frauen unselbständig beschäftigt - gegenüber nur rund 42.200 im Jahr 2008. Das heißt, zwischen 2008 und 2013 hat die Beschäftigung bei den Frauen im Burgenland mit 11,1% überproportional zugenommen (Ö: +5,4%). Die Erhebung der Situation der burgenländischen Frauen im Frauenbericht und umfangreiche Initiativen zur Bewusstseinsbildung leisten in diesem Bereich einen wichtigen Beitrag. Der flächendeckende Ausbau der Kinderbetreuung, Zuschüssen zu Kindergarten und Kinderkrippe und längere Öffnungszeiten ermöglichen die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

Der Frauenanteil im Bereich des Landes wurde von 1999 bis 2014 von 38,3% auf 43,2% und in ausgewählten Leitungsfunktionen von 2003 bis 2014 von 19,0% auf 31,4% angehoben.

Eine sinnvolle Verbesserung ist die Informationspflicht in Betrieben seit 1.1.2016. Durch diese neue bundesgesetzliche Regelung müssen Unternehmen ihre Teilzeitbeschäftigten informieren, wenn eine Vollzeitstelle frei wird. Das soll vor allem den Frauen helfen, die in Teilzeit arbeiten, aber gerne aufstocken möchten.

Der Landtag hat beschlossen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

- die genannten Initiativen im Wirkungsbereich des Landes weiterzuführen
- weitere Strategien zu entwickeln, die zum Abbau der geschlechtsspezifischen vertikalen und horizontalen Segregation am burgenländischen Arbeitsmarkt beitragen
- sowie an die Bundesregierung heranzutreten, weiterhin Maßnahmen zur Beseitigung von Einkommensunterschieden zwischen Männern und Frauen in der Privatwirtschaft zu setzen